

München, 15. Januar 2015

Stellungnahme des BWE Bayern zum Bayrischen Energiedialog

Kommentiert von Vertretern der bayerischen Bürgerinitiativen gegen Windkraft

Unsere Anmerkungen sind in blau und kursiv dargestellt.

0. **Vorbemerkung:** Dieser Energiedialog ist unglaublich, weil er nicht ergebnisoffen ist. Durch die parallel zum Start dieses Energiedialogs von Staatsregierung und Mehrheitsfraktion im Landtag beschlossene 10H-Regelung wird der Zubau von Windrädern in Bayern nach Abarbeitung der Bestandsgenehmigungen radikal verringert und so die Energiewende gebremst werden.

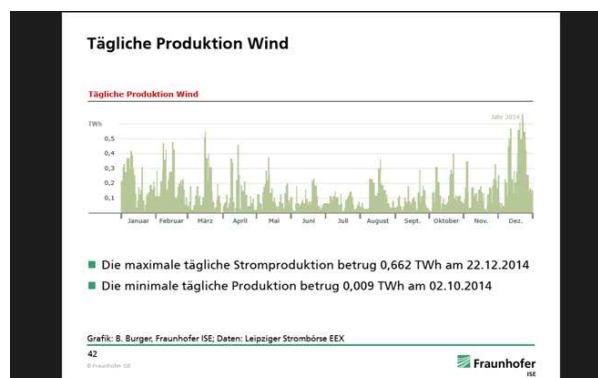
Unsere Antworten auf die gestellten fünf Fragen der Arbeitsgruppe 3 ‚Ausbaupotenzial der Erneuerbaren Energien‘

1. Welcher Mix der Erneuerbaren Energien (EE) ist für das Jahr 2021 realisierbar?

Im BWE engagieren sich ideelle und unternehmerische Windkraftaktive. Unser Verband unterstützt, wie es in unserer Satzung heißt, „die Förderung und Erschließung weiterer regenerativer Energiequellen zum Zwecke der schnellstmöglichen, vollständigen Energieversorgung aus dezentralen erneuerbaren Energien.“

Der Bundesverband Windenergie (BWE) will eine wirklich nachhaltige Energiewirtschaft, die nicht die Lebensgrundlagen unserer Nachkommen beschädigt. Wir brauchen dazu den Mix verschiedener sich ergänzender EE-Stromquellen mit Biomasse, Solar, Wasser und Wind und auch Geothermie. Solar und Wind sind wetterabhängig. In geringerem Maße auch Biomasse und Wasserkraft. **Zum Ausgleich deren schwankender Erzeugung braucht es die landesweite Verteilung der Anlagen und den großräumigen Verbund.**

Anm.: Eine landesweite Verteilung von Windrädern ist sinnlos, weil sich Großwetterlagen meist über ganz Deutschland erstrecken und sich deshalb die Windräder nicht untereinander ergänzen können, die untenstehende Grafik verdeutlicht diesen Zusammenhang, es gibt Spitzen und Täler und keinen Ausgleich:



In Bayern liegt gegenwärtig der EE-Anteil an der Bruttostromerzeugung bei 35 % (32 von 91 TWh; Terawattstunden = Milliarden kWh). Wenn wir die Atom- und Klimagefahren ernst nehmen, und eine zügige Energiewende wollen, sollte das Ausbautempo der letzten fünf Jahre wenigstens fortgesetzt werden.

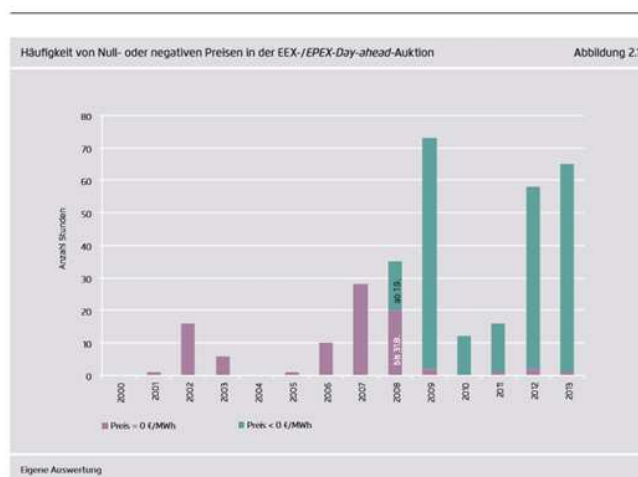
In diesen Jahren stieg die jährliche EE-Stromerzeugung um 10 TWh. Dies ist gegenüber dem Jahr 2009 eine Steigerung um 50 %. Für die kommenden fünf Jahre liegt das größte Potenzial bei PV und Wind, da die Biomasse zukünftig wohl viel wertvolle Flexibilität liefern wird aber die Ausbaugrenze etwa erreicht hat.

Mit 1500 neuen Windkraftanlagen (WKA) in den nächsten sechs Jahren bis 2021 von zusammen etwa 4 GW Leistung könnten gut 8 - 10 TWh pro Jahr zusätzlich erzeugt werden. Mit rd. 10 GW neuer PV (bereits im Jahr 2010 wurden 2,4 GW PV in Bayern zugebaut) könnten jährlich 10 TWh Strom generiert werden.

Dass die Erneuerbaren Energien nukleare und fossile Energien zurückdrängen, zeigen die vorläufigen aktuellen Zahlen (17.12.) der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. für 2014. Infolge des milden Wetters und des wachsenden Einsatzes Erneuerbarer Energien sanken: Atomkraft 0,4 %; Braunkohleeinsatz 2,3 %; Steinkohleverbrauch 7,9 %; Erdgasverbrauch 14 %. Und das bei einem neuen

Rekordstromausfuhrüberschuss.

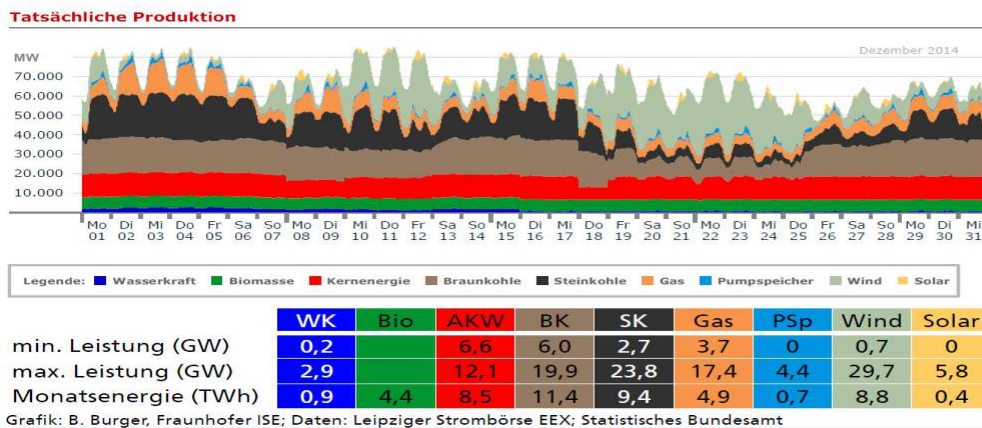
Anm: Diesen Ausfuhrrekord müssen die Verbraucher teuer bezahlen, da bei Stromüberschuss ein Negativpreis gezahlt werden muss, im Klartext: wir müssen dafür bezahlen, dass das Ausland unseren „Abfallstrom“, zeitweise in Höhe der Produktion von zwölf Atommeilern, abnimmt! Allein diese Negativpreise beliefen sich im Jahr 2013 auf 90 Mio. Euro! Die Grafik zeigt die Zunahme der Null- und Negativstunden in den vergangenen Jahren. Quelle Text/Grafik: Agora Energiewende



Der Mix der Erneuerbaren Energien kann in Bayern im Jahr 2021 gut über 50 Prozent des Stromverbrauchs decken. Wenn wir wollen auch deutlich über 60 Prozent.

Die deutschen Stromproduktionszahlen für den Dezember 2014 zeigen, wie die Windkraft die schädliche Atom- und Kohlekraft verdrängt.

Stromproduktion: Dezember 2014



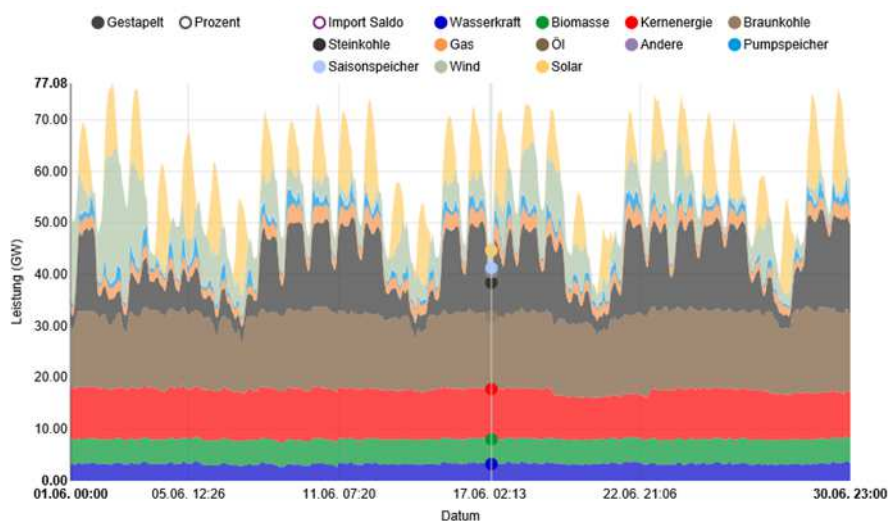
103

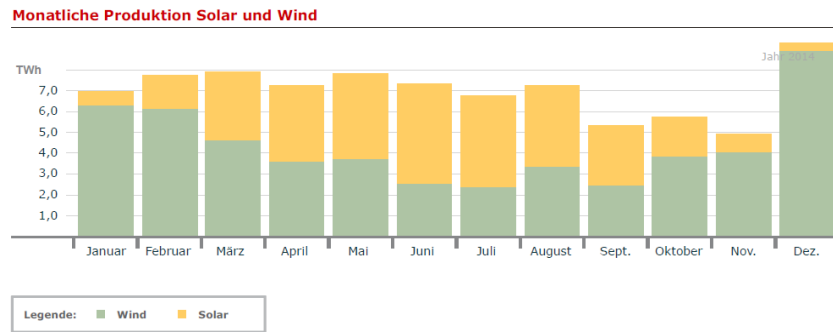
© Fraunhofer ISE



Anm.: Bekanntlich sind die Wintermonate am windreichsten. Deshalb zum Vergleich untenstehende Grafik vom Juni 2015, die belegt, dass keineswegs Atom und Kohlestrom verdrängt werden:

Quelle: Energy-Charts.de



Sonne und Wind addieren sich Monat für Monat gut
Monatliche Produktion Solar und Wind


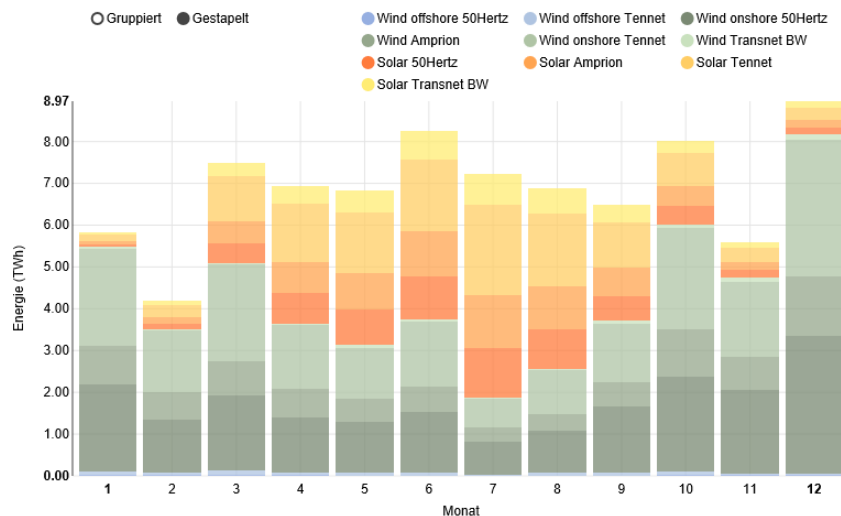
Grafik: B. Burger, Fraunhofer ISE; Daten: Leipziger Strombörse EEX

16

© Fraunhofer ISE



Anm.: Es ist nicht nachvollziehbar, welches Jahr gemeint wurde, hier zum Vergleich das Jahr 2013, mit den entsprechenden Dellen, an denen insgesamt weniger als 7 GWh erzeugt wurde und sich Wind und Sonne definitiv nicht ergänzen. Man denke nur an windstille Sommernächte.
Quelle Grafik: Energy-Charts



2. Wie kann die Akzeptanz von Erneuerbare-Energien-Projekten erhöht werden?

Bisher ist die Akzeptanz hoch.



Bürger zeigen im Juni 13 an einer neuen WKA in Langenreichen (Lk Augsburg) ihre Sympathie für die Energiewende in Bürgerhand (Foto R. Kamm)

Bei der letzten repräsentativen Umfrage von TNS Emnid im Oktober 2014 sagten 92 % der Bürgerinnen und Bürger, dass Ausbau und Nutzung der Erneuerbaren Energien wichtig oder sehr wichtig seien. Auch in ihrer Nachbarschaft bejahen drei Viertel der Bürger neue Solar- und Windanlagen.

Anm.: Eine Verbraucherbefragung der GfK Marktforschung von Juli 2014 zeigt ein ganz anderes Bild, hier wird die Umsetzung der Energiewende in Deutschland zunehmend kritisch gesehen. So waren im Jahr 2011 noch 56 Prozent der Befragten bereit, für den Ausbau regenerativer Energiequellen höhere Strompreise in Kauf zu nehmen. Im Juni 2014 gaben nur noch 46 Prozent der Befragten an, höhere Stromkosten akzeptieren zu wollen. Auch bezüglich des Ökostrom-Ausbaus selbst sowie dem viel diskutierten Bau neuer Stromtrassen sank die Unterstützung

der Bevölkerung in den letzten Jahren. Laut GfK Global Green Index aus dem Jahr 2011 waren drei von vier

Befragten dazu bereit, neue Stromnetze und Leitungen in ihrem unmittelbaren Umfeld zu akzeptieren. Dieser Wert sank seitdem um 13 Prozentpunkte auf aktuell 64 Prozent. Zudem wollen immer weniger Verbraucher Windräder in ihrer Nachbarschaft: Dem Bau neuer Windkraftanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld stimmen aktuell weniger als 60 Prozent zu. Vor drei Jahren waren noch über 70 Prozent mit dem Windrad-Bau in ihrer Umgebung einverstanden. Quelle: GfK, 18.07.14

Auch eine aktuelle Emnid-Umfrage belegt, dass 79 Prozent der Befragten Windkraft im Wald ablehnen. Quelle: presseportal.de, 22.07.15

Wir haben in Bayern zwei Probleme: Der Ministerpräsident macht Stimmung gegen Windanlagen und eine **kleine Minderheit von Bürgern, häufig in privilegierten Wohnlagen und mit großen finanziellen Mitteln**, wollen auch in hunderten Metern und gar einigen Kilometern Entfernung nichts Neues am Horizont sehen.

Anm.: Dies ist eine absolut infame Unterstellung! Allein in Bayern gibt es mehr als 150 Bürgerinitiativen quer durch alle Bevölkerungsschichten, die sich gegen den Bau von Windkraftanlagen wenden. Die Bewegung der Windkraftgegner wird immer größer, da vielen Bürgern häufig erst nach dem Bau der Anlagen die Augen geöffnet werden. Dies dann mit einer „kleinen Minderheit“ abzutun, ist zynisch. So sei u.a. in Brandenburg „... eine breite Bewegung gegen Windenergie, die ist wahrscheinlich quantitativ größer als die gegen Braunkohle“, sagte SPD-Fraktionschef Klaus Ness.“ Quelle: rbb, 07.07.15

Sie argumentieren dann mit **Gemeinwohlargumenten des Landschafts- und Naturschutzes**. Fragt man sie nach ihrem „**ökologischen Fußabdruck**“ durch Autofahren, Flugreisen und Wohnungen, relativieren sich diese Umweltschutzargumente. **Einige Windkraftgegner sagen gar, Kohle- und Kernkraftwerke seien besser als Windkraftwerke.**

Anm.: Natur und Landschaft werden beim Bau mit Füßen getreten, obwohl vor langer Zeit der Grundgedanke war, das Klima zu schützen. Dies wird ad absurdum geführt, wenn man dafür die Natur zerstört. Der „ökologische Fußabdruck“ kann nur als Maß der Ressourcenungleichheit gelten. Tests zeigen, dass auch die

Eingabe der optimalsten Parameter in das Berechnungsprogramm des „ökologischen Fußabdrucks“ das vorgegebene Idealziel, d.h. das Ausreichen der Ressourcen einer Welt für alle - nicht erreichbar ist. Dies dient nur dazu, bei den Bürger ein schlechtes Gewissen zu erzeugen und ihnen vorzugaukeln, sie könnten durch die Erduldung von Windkraftanlagen in ihrer Nähe und der Naturzerstörung die Welt retten. Das erinnert an den Ablasshandel im Mittelalter.

Dass Windkraftgegner sofort der Kohle- oder Atomlobby zugerechnet werden, zeigt die Hilflosigkeit bei der Argumentation. Denn es sind doch die Erneuerbaren Energien, die die Kohlekraftwerke zu Rekordproduktionen zwingen!

Klar muss auch sein, Windkraftwerke brauchen nur wenig Fläche, verändern aber das Landschaftsbild. So wie auch Siedlungen, Straßen und Stromleitungen das Landschaftsbild verändert haben. **Wer mit Windrädern aufwächst, hat kein Problem mit ihnen. In zwei Jahrzehnten wird die heutige Diskussion unreal wirken.**

Anm.: Welche Fakten stützen diese infame These? Gerade in Gebieten mit vielen Windrädern gibt es erbitterten Widerstand (Pfälzer Wald, Hunsrück, Norddeutschland, Dänemark etc.). Der vielbeschworenen Gewöhnungseffekt bleibt aus und ist der Resignation der Bevölkerung gewichen. Gut, dass der BWE über hellseherische Fähigkeiten verfügt und die Volksmeinung in 20 Jahren vorhersehen kann!

Flächenbedarf: Ein modernes großes Windrad braucht gut 1.000 qm als Baufläche und noch mal die gleiche Fläche muss frei gemacht werden können, wenn alle paar Jahre ein Autokran für eine Großreparatur aufgebaut werden soll. **4000 neue Windräder**, die wir insgesamt in Bayern noch brauchen, würden somit 4 qkm in Anspruch nehmen. Das sind **0,006 Prozent unserer Landesfläche**. Wenn wir insgesamt 4700 WKA (703 WKA per 30.6.14 plus 4000 neue) hätten, stünde je 15 qkm eine Anlage. **In Rheinland-Pfalz ist heute schon die WKA-Dichte höher – und sind die Atomprobleme geringer.**

Anm.: 4000 Windräder? 0,006 Prozent der Landesfläche hört sich gering an, vergleicht man das schöne Bayern aber mit einem Zwetschgendatschi

(Blech Kuchen), über den eine gute Prise Salz verteilt wird, kann man sich das Ergebnis besser vorstellen!

Welche Atomprobleme gibt es denn in Reinland-Pfalz? Die Medien berichten dort von massiven Protesten gegen die Windräder.

Es gibt allerdings auch schlechte Planungen und schlechte Planer. Bessere Akzeptanz erreicht man bei Beherrigung zweier Volksweisheiten:

Ohne Einblick keine Einsicht. Und: **Die eigene Schweine stinken nicht.**

Also ehrlich informieren und fair beteiligen! Wir in der Windbranche können und müssen uns diesbezüglich verbessern!

Anm.: Diese Grundsätze wurden und werden keinesfalls umgesetzt!

Bislang fehlt eine öffentliche Beteiligung, im Gegenteil, hier wird in nichtöffentlichen Sitzungen entschieden, fragt man nach, fällt alles unter die „Geheimhaltungspflicht“! Die tatsächlichen Stromertragsdaten werden in seltensten Fällen veröffentlicht, obwohl dies im EEG vorgeschrieben ist. Von manipulierten Gutachten, die zuhauf erstellt werden, ganz zu schweigen. Diese massiven Vorwürfe sind von uns jederzeit belegbar.

3. Wie kann der Beitrag der Erneuerbaren Energien zur Versorgungssicherheit gesteigert werden?

Die Energiegewinnung und Stromerzeugung im eigenen Land machen unabhängig von den Lieferungen aus krisengeschüttelten Regionen. So sind die Erneuerbaren Energien ein ganz wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Anm.: Das ist richtig, dafür wird unsere Energiegewinnung zu 100 % wetterabhängig!

Die zukunftsfähige Stromversorgung orientiert sich an **3 x E** (Einsparen, Effizienz und Erneuerbare Energien) und baut auf Dreierlei auf: 1. **Lastmanagement** (Steuerung flexibler Stromverbraucher wie Kühlhäuser, Metallschmelzen, Futtermühlen ...) nach Angebot von Strom aus Erneuerbaren Energien, 2. einem Mix von **EE-Kraftwerken**, die überwiegend kostenlosen Treibstoff (Sonne, Wasser, Wind) nutzen, sowie 3. **Netzbau + Speichern (Pumpspeicher-KW, lokale Akkus, power to gas, ...).**

Anm.: Wie beim „Energiedialog“ zusammenfassend festgestellt, können Speicher bis 2023 keinen substanziellen Beitrag leisten, um die Dunkelflaute zu überbrücken

Zukünftig werden wir tagsüber viel PV-Strom gewinnen. Nachts werden wir zuverlässig die Wasser- und Biomassekraftwerke zur Verfügung

haben. **Die Windkraft schwankt stark. Da sie meteorologisch bedingt irgendwo in Europa immer wirkt** (wenn bei uns ein Hoch Windstille verursacht, wehen am Rande des Hochs z. B. in der Bretagne oder in Polen oder in Skandinavien oder in Italien die Winde), hilft uns auch der europäische Stromverbund. Deswegen brauchen wir auch „Überlandleitungen“. Zumal der Transport von Strom erheblich billiger als die Speicherung ist. Sinnvoll ist **Verbrauchsmanagement**, das nicht mehr im Tag- und Nachtrhythmus arbeitet, sondern z. B. große Stromverbraucher wie Kühlhäuser, Metallschmelzen, Chemiewerke oder Futtermühlen dann bevorzugt arbeiten lässt, wenn viel Solar- oder Windstrom erzeugt wird.

Anm.: Würde man Europa in die Pflicht nehmen wollen, bräuchte man 350.000 Windräder! Von den Übertragungsleitungen ganz zu schweigen. Dies ist ein absolut unrealistisches Szenario. Weiter oben wurde argumentiert, dass wir einen massiven Zubau in Bayern benötigen, um die Energiewende zu schaffen. Dann einen flächendeckenden Ausbau in Deutschland, denn angeblich können sich die Anlagen ergänzen. Nun liegt plötzlich die Lösung in der europaweiten Versorgung, wenn bei uns Windstille herrscht. Der BWE unterminiert seine eigene haarsträubende Argumentation!

Wie soll das „Verbrauchsmanagement“ umgesetzt werden? Sollen dann die Belegschaften nur noch arbeiten, wenn viel Wind und Sonne vorhanden sind? Kommt es zu Stromabschaltungen?

Die Betreiber von Biogasanlagen wie BHKW werden immer mehr ihre Anlagen dann produzieren lassen, wenn zu wenig Solar- und Windstrom erzeugt wird. Die Pumpspeicherkraftwerke machen dies ohnehin so. Also: Die im Sommer 2014 rd. 7800 Biogasanlagen Deutschlands mit einer Leistung von ca. 3,7 GW aus dem **24-Stundenbetrieb holen. Beim „8-Stundenbetrieb“** können sie eine Spitzenleistung von 11 GW erbringen.

Anm.: Dies ist eine rein rechnerische unrealistische Annahme, die Energieerzeuger können sich nicht ergänzen.

In der Energiewirtschaft hat man sich deswegen vom **Begriff Grundlast verabschiedet und spricht von der Residuallast (Restlast)**. Fragt also: Wie wollen wir den Stromverbrauch decken, der über die aktuelle Lieferung von EE-Strom hinausgeht?

Anm.: Das ist ein toller Marketinggag! Weil Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, verwendet man einfach einen anderen Begriff und schon ist das Problem gelöst.

Wir brauchen dafür auch **Speicher**. Pumpspeicher sind Stand der Technik. Derzeit werden jedoch

Neubaupläne wieder aufgeschoben, da wegen der großen Überkapazitäten konventioneller Kraftwerke die

Investitionen nicht lohnen. Vermutlich ist es unsinnig, die Speicher überwiegend als **Kleinakkus in den Hauskellern zu installieren**. Denn z. B. eine vergleichsweise geringe Speicherkapazität von 100.000 Kilowattstunden kostet in 10.000 Kleinanlagen bei heutiger Blei-Gel-Technik grob 100 bis 200 Millionen Euro. Wenn man anstelle dessen zehn mittelgroße Natrium-Schwefel Batterien installierte, würde man voraussichtlich viel kostengünstiger die Versorgungssicherheit bewerkstelligen können.

Anm.: Dass Speichertechnologien auch bis 2023 keinen substantiellen Beitrag zur Deckungslücke haben werden, wurde bereits festgestellt. Dass es unsinnig sein soll, Kleinakkus in Hauskellern zu installieren, ist unverständlich, denn dann würde der Strom vor Ort gespeichert und die Übertragungsleitungen würden wegfallen. Hat hier jemand Angst, sein Monopol zu verlieren?

Wir müssen offen sein für neue Erkenntnisse: Strom transportieren oder speichern? Dezentral viele kleine Speicher oder mittelgroße Speicher? Akkus oder Pseudokondensatoren oder Elektrolyse plus Methanisierung?

Zusammengefasst:

Im Stromsystem der Zukunft, das auf annähernd 100 % Erneuerbaren Energien basiert, wird tagsüber viel PV-Strom erzeugt werden und wir werden nachts Strom aus Biomasse-, Wasser- und Windkraftwerken haben sowie **Windstrom aus dem europäischen Verbund**. Zusätzlich werden wir auch Strom aus Speichern beziehen (Pumpspeicherkraftwerke, Akkus, Wasserstoff- und Methanspeicher, ...).

Anm.: Da sind wir gespannt, wie das europäische Ausland reagiert! Welcher Verbund ist denn gemeint? Nach dem bayerischen Stromtrassenstreit wird dann das Problem auf ganz Europa ausgeweitet. Frankreich und Großbritannien haben einer „Energiewende“ eine klare Absage erteilt.

4. Können durch Verringerung oder Verzicht auf Entschädigungszahlungen bei Abregelung Anreize für den Einsatz von Stromspeichern erzeugt werden?

Im Prinzip ja. **Bis heute werden jedoch in Bayern keine Windkraftwerke und praktisch auch keine PVAnlagen abgeregelt**. Dafür haben wir noch viel zu wenige WKA und zu viele nukleare Kraftwerke. Es

muss auch noch einige Jahre den Investoren für EE-Kraftwerke mit kalkulierbaren Vergütungen ein Anreiz zum Bau der Anlagen geboten werden.

Denn die meisten heute noch laufenden und schon abgeschriebenen und bezahlten Atom- und Kohlekraftwerke wurden in einem bis zum Jahr 1998 nicht liberalisierten Markt gebaut, wo nach Anerkennung der Kraftwerkserfordernis durch die staatliche Preisaufsicht die Investitionskosten in die Strompreise eingerechnet werden konnten.

Das EEG hat mit festen Vergütungen für 20 Jahre ähnliche Bedingungen für neue EE-Kraftwerke geschaffen und so der Energiewende den erforderlichen Schwung verliehen. **Diese Stützung ist noch einige Jahre notwendig**, um im verzerrten Energiemarkt, wo viele Energieträger nicht für ihre Folgekosten aufkommen müssen, **gesundheits- und umweltfreundliche Techniken** zu fördern.

Alte gesundheits- und umweltschädliche Kraftwerke müssen als erste abgeregelt werden. Wenn dies technisch nicht möglich ist, müssen sie still gelegt werden. Die Abregelung auch von EE-Kraftwerken wird erforderlich werden, wenn die EE-Quote deutlich über 50 Prozent steigt.

Anm.: In Bayern werden sehr wohl Windkraftwerke und PV-Anlagen abgeregelt, dies geschieht häufig lokal. PV-Verträge beinhalten hierzu extra bindende Klauseln. Deutschlandweit haben die Verbraucher für Abregelung von Windrädern 2014 mehr als 100 Mio. Euro bezahlen müssen. Quelle: FinanzNachrichten.de 22.07.15

Da die Einführungsphase der EE-Kraftwerke längst vorüber ist, sollte umgehend auf eine weitere Subventionierung verzichtet werden.

Der letzte Beweis, dass Windkraftwerke nicht gesundheitsschädlich sind, steht noch aus, da unabhängige Untersuchungen zum Infraschall fehlen.

5. Mit welchen Maßnahmen können die erneuerbaren Energien besser in das Stromsystem integriert werden?

Das probateste Mittel um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen, sind die Preise. **Wenn wir auf Bundes- und Europaebene dafür sorgen, dass die Energiepreise anständig werden**, indem sie auch die von der Gesellschaft und insbesondere unseren Nachkommen zu tragenden Folgekosten (Klimaschäden, Krankheitskosten durch Abgase der Kohlekraftwerke, Atomrisiken, Atommüllsicherung) beinhalten, wird der Wettbewerb anständig und vernünftig.

Anm.: Soll hier die freie Marktwirtschaft abgeschafft werden? Was bedeutet „anständig“? Deutschland hat heute schon weltweit mit die höchsten Strompreise.

Dann können wir das Stromnetz mit zeitlich flexiblen Strompreisen**betreiben.** Bei viel EE-Strom wird der Preis sinken und **flexible****Stromverbraucher** wie Metallschmelzen, Chemiefabriken oder Kühlhäuser viel arbeiten. Und bei wenig EE-Strom eben andersherum.**Es scheint ökologisch und ökonomisch vernünftig zu sein, mit flexiblen Strompreisen den Stromverbrauch besser an die wechselhafte Erzeugung von EE-Strom anzupassen.**

Kunden kann angeboten werden, bei den bisherigen starren Tarifen zu bleiben oder mit flexiblen Tarifen von den günstigen Angeboten gerade von PV- und Windstrom zu profitieren.

Anm.: Das ist ein unrealistisches Phantasieszenario. Oder sollen BMW und Wacker-Chemie zukünftig wetterabhängig produzieren?

Persönliche Nachbemerkung:

Zu Recht werden von Seiten der Staatsregierung drei energiepolitische Ziele genannt: Bezahlbar, sicher und sauber. Die bisherigen energiepolitischen Ziele Bayerns werden dem in zwei Punkten nicht gerecht!

Strom war früher, wie ein den Älteren noch erinnerlicher Werbespruch suggerierte, ein Pfennigspaß. Das basierte jedoch auf Preisen, in die **die Kosten für Krankheiten und Umweltschäden** nicht eingerechnet waren, sondern diese wurden auf die Gesellschaft und insbesondere die nachkommenden Generationen abgewälzt. Folgeschäden wie die Bergsenkungen beim unterirdischen Steinkohleabbau waren sichtbar, wurden aber als unvermeidlich hingestellt. Erst seit den 1970er Jahren dämmerte Einsichtigen, wie groß die Kosten für die Atommülldauerlagerung werden würden. Und dass die Gesellschaft diese Kosten verantwortungslos auf die Nachkommen verschob.

Anm.: Diese Kosten werden auch beim Windstrom nicht berücksichtigt.

Rückbaukosten werden generell zu niedrig angesetzt, Rotoren müssen als

Sondermüll entsorgt werden und der gesundheitliche Aspekt ist, wie erwähnt, noch nicht geklärt.

In den 1990er Jahren – Konferenz von Rio im Juni 1992 – sah die deutsche Gesellschaft vorbildlich schnell die gigantischen Folgen der menschengemachten Klimaerwärmung ein. Deutschland ließ auf das Stromeinspeisungsgesetz (Dezember 1990) das wesentlich weiter reichende Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) folgen. Mit der Ökologisch Sozialen Steuerreform (ÖSS) wurde zaghaft versucht, Folgekosten der Energieverwendung zu internalisieren. Alle fünf Berliner Regierungsparteien bekannten sich zu erheblichen CO₂-Verminderungszielen.

Deutschlands Bürgerinnen und Bürger haben die Chance des EEG ergriffen und viele Milliarden Euro in zukunftsfähige Stromerzeugungsanlagen investiert. Leider sind im Jahr 2015 sowohl die Preissignale der

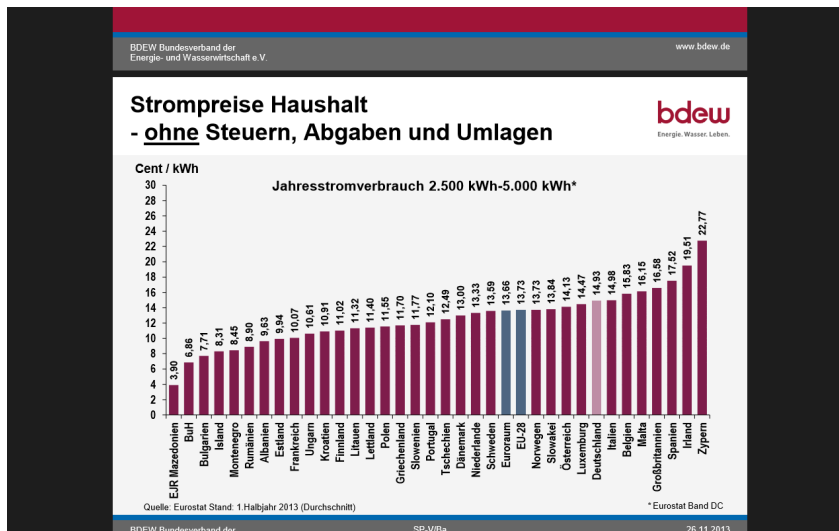
ÖSS wie des **Handels mit Emissionszertifikaten** nahezu unwirksam. Diese zwei politischen Instrumente müssen wieder in Stand gesetzt werden!

Anm.: Hierzu schreibt das "Handelsblatt": „Der 2005 gestartete Handel mit europäischen Emissionszertifikaten hat sich zu einem Milliardengeschäft entwickelt. Spekulanten, Energiekonzerne und Kriminelle bereichern sich hemmungslos an CO2-Zertifikaten und Ökoenergie - die Leidtragenden sind Stromkunden und Steuerzahler.“ Quelle: Handelsblatt, 05.10.10

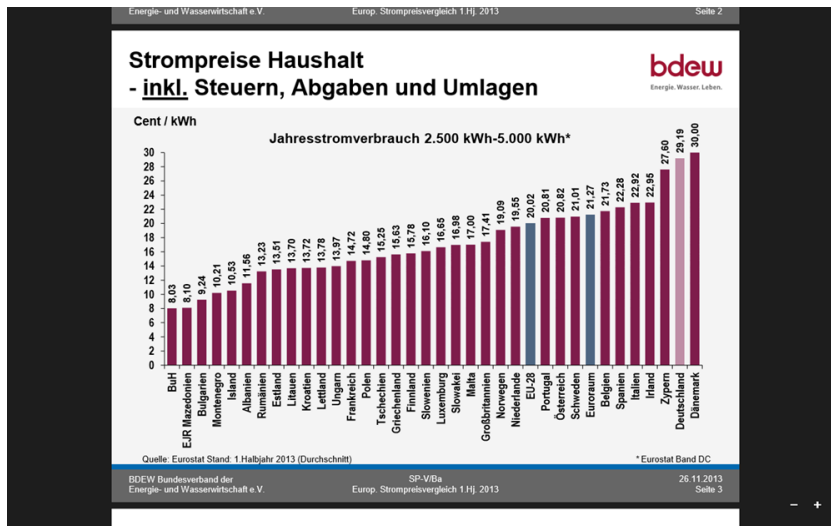
Strom ist heute in Bayern bezahlbar

Heute hat **Deutschland an der Strombörse bereits niedrigere Preise als die meisten Nachbarländer**. Auch niedrigere als die Atomländer Frankreich und die Schweiz. Das internationale Strompreisniveau wird sowohl durch Abschieben der Folgekosten auf nachkommende Generationen wie durch Weiterlaufenlassen alter schadstoffreicher aber bereits abgeschriebener Kraftwerke gedrückt.

Anm.: Diese Behauptung ist falsch! Deutschland bewegt sich im oberen Drittel an der Strombörse, wohlgemerkt ohne Umlagen und Abgaben, siehe Grafik.



Und das ist die eigentliche Wahrheit über den Strompreis: Deutschland liegt nach Dänemark an zweiter Stelle und hat demnach die zweithöchsten Strompreise in der Eurozone!

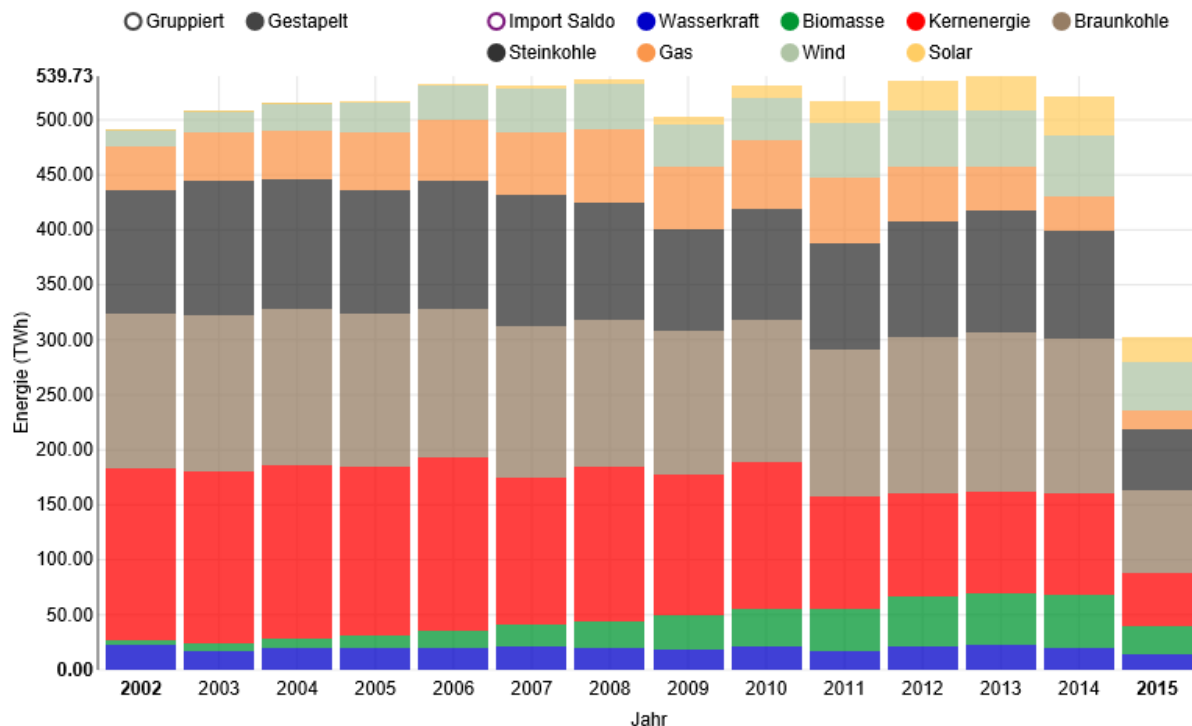


Quelle: bdew

In etwa zehn Jahren, wenn immer mehr Solar- und Windanlagen abbezahlt sind und aus dem EEG-Preissystem herausfallen, wird Deutschlands Stromversorgung nicht nur weniger umweltbelastend sondern auch preiswerter sein als die der erst langsam aufwachenden Nachbarländer.

Anm.: Das ist reines Wunschdenken! Abgesehen davon, dass der Großteil der Anlagen erst in 20 Jahren abgeschrieben sein wird, wurde hier Reinvestition, Repowering und Abschreibung vergessen.

Deutschlands Stromversorgung wird weder preiswerter noch umweltverträglicher, denn die rund 25.000 Windräder müssten doch einen eklatanten Rückgang der „alten“ Energieträger bewirken, eben dies ist nicht der Fall, wie die nachfolgende Grafik zeigt, der Verbrauch von Braun- und Steinkohle ist so hoch wie vor 13 Jahren, als es noch so gut wie keine erneuerbaren Energien gab. Interessant an der Grafik ist auch die geringe Windausbeute, trotz massiven Zubaus!



Quelle: Energy.Charts.de

Unsere heutige Stromversorgung ist nicht sicher!

Malen Sie sich einmal aus, was passieren würde, wenn ein atomarer Großunfall in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden oder in Tschechien oder der Slowakei passierte. Oder in Finnland oder Schweden. Die regionalen Verstrahlungen würden voraussichtlich wie nach Beginn der Fukushima-Katastrophe dazu führen, **dass schnell sehr viele der riskanten AKW auch in anderen Ländern abgeschaltet würden.**

Anm.: Das ist populistische Panikmache! Um auf die Fukushima-Katastrophe zurückzukommen: Abgesehen davon, dass Deutschland nicht von Tsunamis bedroht ist, fragt man sich, wo nach der „schnellen Abschaltung“ dann der Strom herkommen soll. Oder brauchen wir dann keinen mehr, weil alles verstrahlt ist? Japan baut trotz GAU neue Atomkraftwerke, mag man dies gut finden oder nicht.

Unsere heutige Stromversorgung ist unglaublich schmutzig.

Seit Start der Uranspaltung im bayerischen Versuchs-AKW Kahl im Jahr 1960 wird tödlich strahlender Müll erzeugt. Er muss zum Abklingen über eine Million Jahre zuverlässig isoliert werden. Bis heute ist noch kein Kilo zuverlässig isoliert endgelagert worden. Und dennoch produzieren wir in jedem der vier noch laufenden bayerischen Reaktoren täglich etwa 75 Kilogramm dieses Strahlenmülls. Nachkommende Generationen werden über uns den Kopf schütteln – oder uns dafür verfluchen.

Aber wir können Energiewende. Die Techniken, das Kapital, die Unternehmer wie Mitarbeiter hierfür haben wir. **Und die Zustimmung bei der großen Mehrheit der Bevölkerung.**

Anm.: Es ist richtig, dass für die Atommüllendlagerung leider noch keine verträgliche Lösung gefunden wurde. Hier besteht absoluter Handlungsbedarf. Russland ist schon weiter und baut einen Reaktor, der mit Atommüll betrieben wird, siehe Anlage. Dass unsere Stromversorgung schmutzig ist, liegt vor allem an den Erneuerbaren Energien, die weiterhin Kohlestrom als Ersatz benötigen. Damit wird der Klimaschutz ad absurdum geführt!

Bevölkerung, Politik und Medien werden bewusst falsch informiert, wir sind überzeugt, dass unser Kommentar dies eindrucksvoll belegt.

Ansprechpartner:

Günter Beermann
Landesvorsitzender
T+49 (0)89 / 72779940
F +49 (0)89 / 7913480
g.beermann@bwe-regional.de

Raimund Kamm,
stellv. Landesvorsitzender BWE
Bayern.
Kamm@gmx.de

